



In der weitläufigen Hüttensiedlung von Takhta Korpu und Umgebung leben rund 3000 aserbeidschanische Binnenflüchtlinge. Die Infrastruktur ist in einem erbärmlichen Zustand.

THOMAS GRABKA

## Prekäre Lage der Vertriebenen in Aserbeidschan

Noch Hunderttausende von Binnenflüchtlingen in Lagern – Der Karabach-Konflikt erschwert eine Verbesserung der Lebensbedingungen

Wegen des Konflikts um Nagorni Karabach sind in Aserbeidschan Anfang der neunziger Jahre Hunderttausende vertrieben worden. Der Grossteil von ihnen lebt heute noch unter schwierigen Bedingungen in Lagern. Ihre Zukunft ist ungewiss.

Daniel Wechlin, Baku

Wegweiser führen keine nach Takhta Korpu. Der Ort im Westen Aserbeidschans liegt abgelegen in der weiten Ebene der Provinz Aghjabadi. Schwer hängt hier die Hitze über dem von der Sonne verbrannten Boden. Das wenige verbliebene Gras hebt sich vom braunen Untergrund fast nicht mehr ab. Meterhohe Türme aus Strohballen stehen neben gedrunghenen Hütten aus porösem Lehm, Backsteinen, Holz und Wellblech. Die Bewohner von Takhta Korpu sind Binnenflüchtlinge, sogenannte Internally Displaced Persons, die infolge des Karabach-Krieges von 1991 bis 1994 innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben und an dieser Stelle neu angesiedelt wurden. Die meisten sind Bauern, die mit ihrem Einkommen knapp das Überleben ihrer Familien sichern können. Etwas anderes bleibt ihnen in der Einöde nicht zu tun.

### Grosse Fluchtbewegungen

Der armenisch-aserbeidschanische Waffengang löste Fluchtbewegungen aus, die auf beiden Seiten zu dramatischen demografischen Verschiebungen führten: Über eine Million Flüchtlinge und Vertriebene mussten neu angesiedelt werden. In Aserbeidschan entstanden so seit Anfang der neunziger Jahre temporäre Siedlungen, von denen auch 16 Jahre nach dem Waffenstillstand noch zirka 1600 an 69 verschiedenen Standorten existieren. Laut den neuesten Zahlen der Uno befinden sich somit im Land am Kaspischen Meer immer noch 586 013 Vertriebene in provisorischen Lebensverhältnissen – dies bei einer Gesamtbevölkerung von 9 Millionen Menschen. Über 40 Prozent der Binnenflüchtlinge leben im Grossraum der Hauptstadt Baku und in der nordwestlich davon gelegenen Industriestadt Sumgait. Der Rest davon ist über das ganze Land verteilt, mit einer Massierung in den westlichen Provinzen im Grenzgebiet zu Nagorni Karabach.

Die Wohnsituation der Vertriebenen ist vielerorts desolat. Wer nicht das Glück hatte und bei Verwandten unterkam, lebt in einfachsten Barackenlagern und Containersiedlungen, selbstgeziimmerten Bretterbuden, in umfunktionierten Gebäuden wie Schulen, Fabriken oder Wohnheimen. In den Stadtzentren sind die Unterkünfte der Vertriebenen oftmals überfüllt, ausserdem drohen Zwangsräumungen, da sich Im-

mobilienspekulanten für den begehrten Wohnraum interessieren.

Der Vorsteher des Kommissariats für Flüchtlinge und Vertriebene sowie Vizeministerpräsident Aserbeidschans, Ali Hasanow, bestätigt die Situation: «Rund 400 000 vertriebene Personen leben noch in prekären Verhältnissen», sagt der 62-jährige Politiker im Gespräch. Erst etwa 100 000 Personen hätten bis jetzt in neue, von der Regierung oder internationalen Hilfsorganisationen errichtete Unterkünfte einquartiert werden können.

Besonders kritisch ist die Lage in stark ländlich geprägten Regionen, wie etwa jener der Siedlung Takhta Korpu. Seit die aserbeidschanischen Behörden den aus dem Gebiet um Latschin Vertriebenen im Jahr 1992 die Region Aghjabadi als ihre neue Heimat zugewiesen haben, scheinen sie sich weitgehend selbst überlassen zu sein. Die Infrastruktur der auf einer Fläche von mehreren Quadratkilometern verstreuten Hüttensiedlung ist in einem erbärmlichen Zustand. Das technische Gerät der bescheidenen Vieh- und Landwirtschaft rotet vor sich hin. Die Versorgung mit Elektrizität ist immer wieder unterbrochen. Fließendes Wasser gibt es nicht.

Viele der rund 3000 in Takhta Korpu und Umgebung lebenden Vertriebenen sind krank. So auch Elza Mustafajewa. Sie leide unter Lungenbeschwerden, erzählt die 50-jährige Bäuerin. Mustafajewa lebt zusammen mit ihrem Vater in einer Lehmhütte, deren einziger Raum tief in die Erde gegraben ist. Die Luft darin ist stickig und feucht. Lediglich ein kleines Dachfenster sorgt für etwas Milderung und Licht. Geschlafen und gegessen wird auf einem mit Linoleum und Teppichen ausgelegten Boden. An

den Wänden drapieren farbige Tücher das mit Lehm, Holz und Papierfetzen verputzte Erdreich. Der Ankündigung der lokalen Verwaltung, wonach in zwei Jahren neue Häuser gebaut werden sollen, begegnet Elza Mustafajewa mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Resignation. Zu viel scheint schon versprochen worden zu sein.

Nach einer Studie der Weltbank von 2010 sind die Vertriebenen besonders stark von Armut betroffen. Den meisten von ihnen fehlten selbständige wirtschaftliche Chancen, wodurch sie verhältnismässig stark von Transferleistungen des aserbeidschanischen Staates abhängig seien. Laut der Weltbank stellen diese Unterstützungszahlungen für über 70 Prozent der Vertriebenen das Haupteinkommen dar. Die Arbeitslosigkeit ist endemisch. Nach Angaben der Uno sind nur rund 30 Prozent der Binnenflüchtlinge regulär erwerbstätig. Viele arbeiten schwarz.

### Millionen für neue Siedlungen

Ohne internationale Hilfe wäre es Mitte der neunziger Jahre zur Katastrophe gekommen, sagt Minister Hasanow. Mittlerweile verfüge Aserbeidschan, nicht zuletzt wegen der Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft, aber über die notwendigen Mittel, um für die Vertriebenen und Flüchtlinge aufzukommen. Hasanow weist darauf hin, dass in den letzten Jahren grosse Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Vertriebenen unternommen worden seien. So seien bis Ende 2007 die über ganz Aserbeidschan verteilten Zeltlager aufgehoben und durch neue, feste Unterkünfte ersetzt worden. Allein im vergangenen Jahr hat der Staat laut dem

Minister 450 Millionen Dollar für die Vertriebenen ausgegeben. Bis 2011 sollen Tausende von Personen in bessere Behausungen umgesiedelt werden. Ausserdem werde intensiv an einem Rückkehrprogramm gearbeitet.

Banowshalar in der Provinz Agdam gehört zu jenen Siedlungen, die in den letzten Jahren von den Behörden neu gestaltet worden sind. Die 1993 errichteten Zeltunterkünfte wurden 2006 abgebaut und durch einfache, mit Küche und sanitären Einrichtungen ausgestattete Backsteinhäuser ersetzt. Heute bieten 460 solche in einem hellen Rosa gestrichene Häuser rund 2000 Personen ein Zuhause. Die Strassen durch die Siedlung sind von Bäumen und Blumenbeeten gesäumt. Auf dem Areal gibt es eine Arztpraxis, einen kleinen Lebensmittel-



laden, eine Post sowie ein Kulturzentrum. 214 Kinder besuchen entweder den Kindergarten der Siedlung oder eine Klasse der Grundschule. Auch der Kontakt zu den Einwohnern der umliegenden Dörfer sei gut, erklärt Tunzala Welimamedowa. Für die 66-jährige Schuldirektorin ist dies aber alles kein Trost. Nebst der Landwirtschaft sei hier fast keine andere Beschäftigung möglich. Vor allem die Arbeitslosigkeit und das Heimweh machten den Leuten zu schaffen. «Banowshalar bleibt für uns ein Provisorium. Wir wollen zurück», sagt Welimamedowa. Ihre zerstörte Heimatstadt liegt nur zehn Kilometer entfernt, aber doch unerreichbar in militärischem Sperrgebiet.

Die Gründe für die schlechte soziale Situation der Binnenflüchtlinge sind vielfältig. Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke beanstanden beispielsweise die Praxis, wonach den Vertriebenen an ihrem neuen Wohnort zuweilen die offizielle Registrierung verweigert wird. Ihnen bleibt dadurch der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt verschlossen. Zudem besitzen sie so auch kein Anrecht mehr auf Leistungen wie staatliche Unterstützungszahlungen, Krankenversicherung, Schulgeld oder Pension. Damit solle die Binnenmigration der Vertriebenen gesteuert worden sein, um Zentren wie Baku zu entlasten, werfen Kritiker der Regierung vor. Der Minister für Flüchtlinge und Vertriebene, Hasanow, stellt dies

entschieden in Abrede und sagt, dass die Vertriebenen, genau wie alle anderen Bürger Aserbeidschans auch, jeden Beruf ergreifen könnten und frei bei der Wahl ihres Wohnortes seien. Er räumt allerdings ein, dass lediglich die aserbeidschanischen Flüchtlinge aus Armenien Land besitzen können. Den vertriebenen Aserbeidschanern aus Nagorni Karabach und den besetzten Provinzen hingegen wird Heim und Boden nur zur Pacht überlassen. «Sie kehren ja einmal wieder in ihre Heimat zurück», fügt der Minister erklärend an.

### Ein Spielball der Politik

Für Gubad Ibadoglu vom unabhängigen Think-Tank Economic Research Center in Baku führt die gegenwärtige Politik Aserbeidschans nicht zu einer Verbesserung der Lage der Vertriebenen. «Der Staat müsste ein Klima schaffen, in dem die Vertriebenen auch selbst etwas tun könnten. Dies ist aber nicht der Fall», sagt der 38-jährige Ökonom. Es herrsche eine starke Bevormundung vor. Viele Lager seien ausserdem in strukturschwachen Regionen errichtet worden, wo sich die Vertriebenen nichts aufbauen könnten. Was vom Staat komme, reiche nur zum Überleben.

Ein weiteres gravierendes Problem sieht Ibadoglu in der Korruption, der undurchsichtigen Verwaltung und der Güstlingswirtschaft. «Über den Vertriebenen für die staatlichen Hilfsprogramme für die Provinzen haben wir keine ordentlichen Informationen». Wer da über die richtigen Kontakte zur Zentralregierung in Baku verfüge, erhalte mehr. Hinzu kommt, dass die Gelder oft für den Bau von prunkvollen Verwaltungsgebäuden sowie Parks, Museen und Denkmälern zu Ehren des Klans um die Präsidentenfamilie Alijew verwendet würden. «Da wird viel Geld auf die Seite geschafft, da bleibt wenig für die Vertriebenen und andere Bedürftige», meint Ibadoglu. Reformen täten hier dringend not.

Speziell störend sind solche opulenten Manifestationen der politischen Machtelite in den westlichen Provinzen. Die in Armut und Perspektivlosigkeit belassenen Binnenflüchtlinge erscheinen vor diesem Hintergrund und angesichts der unmittelbaren Nähe zum Konfliktgebiet wie lebendige Mahnmäler für erfahrenes Unrecht in einem mit dem Leid der Schwächsten der Gesellschaft politisierenden Staat. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Baku eine Revision der bisherigen Siedlungspolitik als eine Schwächung des Anspruchs auf die umstrittenen Gebiete versteht. Wirkliche Verbesserungen für die Vertriebenen sind so nur schwer zu realisieren. Diese Instrumentalisierung der Opfer wird so lange Bestand haben, bis sich Aserbeidschan und Armenien auf eine dauerhafte Lösung verständigt haben. Bis dahin bleiben die Binnenflüchtlinge ein Spielball der Politik.

### Der Konflikt um Nagorni Karabach

Der Konflikt um das zu Aserbeidschan gehörende, aber hauptsächlich von Armeniern bewohnte Gebiet Nagorni Karabach beruht auf historisch weit zurückreichenden wechselseitigen Besitzansprüchen. Der religiöse Unterschied zwischen dem muslimischen Aserbeidschan und dem christlichen Armenien spielt eine untergeordnete Rolle. Die Gründung neuer Nationalstaaten im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion und der Krieg von 1991 bis 1994 führten zu ethnischen Säuberungen und Tausenden von Toten. Nach der Waffenstillstandsvereinbarung vom 24. Mai 1994 wurden auf aserbeidschanischer Seite gegen 1 Million Flüchtlinge und Vertriebene (200 000 aus Armenien, 45 000 aus Nagorni Karabach, 750 000 aus den von armenischen Truppen okkupierten Gebieten um die Enklave) und 380 000 Flüchtlinge auf armenischer Seite registriert. Seither verfügt Armenien über die vollständige Kontrolle über Nagorni Karabach und hält Teile von sieben weiteren aserbeidschanischen Provinzen be-

setzt, was zirka 20 Prozent des Staatsterritoriums Aserbeidschans ausmacht. Baku verlangte bisher vergeblich die Rückgabe der Gebiete.

Als Hauptvermittler im ungelösten Konflikt figuriert die sogenannte Minsker Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Den Co-Vorsitz teilen sich gegenwärtig Russland, Frankreich und die USA. Beidseits der Demarkationslinie stehen sich Truppenverbände der Konfliktparteien gegenüber. Nur gelegentlich wird das Gebiet von einem kleinen OSZE-Team besucht. Die Republik Nagorni Karabach wird international nicht anerkannt. Die Uno hat wiederholt die Besetzung der aserbeidschanischen Gebiete verurteilt. Für viele Beobachter liegt der Schlüssel zur Konfliktlösung in Moskau. Russland ist der strategische Hauptverbündete Armeniens im Südkaukasus. Vor kurzem hat Moskau ein Abkommen zur Verlängerung seiner Militärpräsenz in Armenien bis 2044 unterschrieben.